

Donnerstag, 16. Mai 2024, Rotenburg-Bebraer Allgemeine / Lokales

# Parlament folgt Bürgerentscheidung

**Mehrheit in Alheim stimmt für Windkraft – Brethauer weist Kritik zurück**

VON CAROLIN EBERTH



Die geplante Errichtung von Windkraftanlagen in Alheim brachte die Gemeindevertreter am Dienstagabend zur ausführlichen Diskussion. Am Ende stimmte die Mehrheit für den Bau von Windrädern. Foto: Moritz Frankenberg/dpa

**Alheim – Nach Abschluss der Alheimer Bürgerbefragung – bei dem der Großteil der Wähler für Windkraft in der Gemeinde stimmte – sollten die Gemeindevertreter am Dienstagabend nun eine Grundsatzentscheidung dahingehend treffen, ob künftig Windräder in der Gemeinde Alheim errichtet werden sollen.**

„Es geht darum, das Ergebnis der Bürgerbefragung auf rechtlichen Boden zu

stellen“, sagte Bürgermeister Andreas Brethauer (SPD).

Obwohl über 70 Prozent der Wähler für den Bau von Windrädern stimmten, auch wenn diese ihren eigenen Ortsteil betreffen würden, machten es sich die Gemeindevertreter nicht leicht mit ihrer Entscheidung. „Wir haben uns stundenlang gequält“, sagte Norbert Viereck über die Entscheidungsfindung in der CDU-Fraktion.

Nach ausführlicher Diskussion votierten 14 Gemeindevertreter für Windkraft in Alheim und sieben dagegen – die Fraktionen von CDU und SPD stimmten dabei nicht geschlossen ab. Welcher der drei Investoren für den Bau ausgewählt wird, darüber entscheidet das Parlament am 19. Juni.

Im Vorfeld der Abstimmung meldeten sich in der vergangenen Woche die Ortsbeiräte von Ober- und Niedergude zu Wort mit dem Vorwurf, dass vor der Abstimmung „entgegen der Vorgabe aus der Hessischen Gemeindeordnung noch keine Anhörung der Ortsbeiräte erfolgt ist“ – wir berichteten.

Der Bürgermeister äußerte sich dazu in der Sitzung: „Zunächst mal ist es doch überhaupt keine Frage, dass auch die Ortsbeiräte für den 19. Juni noch mal um Stellungnahme gebeten werden, beziehungsweise das wurden sie bereits. Die Geschäftsordnung der Gemeindevertretung und der Ortsbeiräte sind übrigens eindeutig: Der Ortsbeirat wird nicht angehört zu Angelegenheiten, die den Ortsbezirk nur als Teil der Gemeinde insgesamt berühren“, sagte Brethauer und ergänzte: „Darüber hinaus habe ich die Kommunalaufsicht um Stellungnahme gebeten. Eine Beteiligung der Ortsbeiräte ist laut Kommunalaufsicht für den Grundsatzbeschluss nicht erforderlich.“

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Dieter Schönborn kritisierte ähnlich wie die Ortsvorsteher im Gudegrund: „Andere Flächen für den Bau von Windrädern sind doch gar nicht im Gespräch.“ Auch Norbert Viereck sagte, dass es „in Wahrheit keine Grundsatzentscheidung ist. Denn hätte im Gudegrund kein Investor angeboten Windräder zu bauen, dann hätte es weder eine Bürgerbefragung noch diese Entscheidung gegeben.“ Christdemokrat Richard Berge kritisierte, es sei nicht der richtige Weg, wenn die Verwaltung im Kleingedruckten suche, weshalb die Ortsbeiräte nicht befragt werden müssten. „Wir sollten den Wald erhalten und nicht für Windkraft opfern“, sagte Alexander Renner (CDU).

Auch Fraktionskollege Markus Finke sprach noch einmal die Standortfrage an

und kritisierte die von SPD-Fraktionschef Jörg Freitag aufgenommenen Drohnenaufnahmen, auf denen der „fälschliche Eindruck“ erweckt würde, dass die Anlagen nur in Waldstücke gebaut würden, die im schlechten Zustand seien.

Freitag erklärte sich daraufhin: „Immer wieder wurde von Steillagen und totem Wald in dem Gebiet gesprochen. Und das wollte ich mir selbst anschauen.“ Zur Grundlage habe er die vier Punkte der Firma Trianel genommen, bei denen er keine Steillagen habe feststellen können. Nur der dritte Standort sei „etwas tricky“. Außerdem betonte er, dass die Gemeindevertreter keine Entscheidungen darüber treffen müssten, ob das Bauvorhaben technisch machbar ist. „Das müssen die Genehmigungsbehörden machen.“

Thomas Möller (SPD) betonte als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses, dass die Gemeinde auch künftig finanziell handlungsfähig bleiben muss, wobei die Einnahmen der Windkraftanlagen maßgeblich helfen könnten.

„Die Energieentwicklung der Zukunft ist noch nicht abgeschlossen. Wir können uns daher gut vorstellen, dass in Alheim weitere Windkraftstandorte möglich sind und würden das sehr begrüßen“, sagte Edith Gipper von den Grünen.

„Die Schnittmenge aller Beteiligten ist, dass wir in die Zukunft gerichtete Entscheidungen treffen. Heute geht es um eine Grundsatzentscheidung, die wir herbeiführen sollten“, sagte FDP-Fraktionsvorsitzender Jörg Becker. „Wenn wir den Beschluss heute ablehnen würden, dann geht es überhaupt nicht weiter in der Debatte und das fände ich ganz schlimm“, ergänzte Astrid Storch von den Freien Demokraten abschließend.